



DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 51-52/2001

Berlin

20. Dezember 2001

68. Jahrgang

2. Ex.

Machtlos gegen die Schattenwirtschaft? Das Beispiel Ukraine

Die große Bedeutung der Schattenwirtschaft in Transformationsländern ist unbestritten. Die Bandbreite der Schätzungen für die Ukraine reicht von 30 % bis über 100 % des offiziell ausgewiesenen Bruttoinlandsprodukts.¹ Wichtiger als der absolute Umfang der Schattenwirtschaft ist jedoch aus wirtschaftspolitischer Sicht die Frage, wie die Schattenwirtschaft eingedämmt werden kann. Eine ökonometrische Studie dazu liegt nun für das Transformationsland Ukraine vor.² Wichtige Anknüpfungspunkte sind danach in der Reihenfolge ihrer Bedeutung: die Belastung der Unternehmen mit bürokratischen Hemmnissen, die Komplexität des Steuersystems, die Steuer- und Sozialabgabenlast und „weiche Budgetschränken“ für Unternehmen. Die Ergebnisse vermitteln den — auch im Land verbreiteten — Eindruck, dass die Schattenwirtschaft seit ungefähr 1998 leicht abgenommen hat. Dabei dürften vor allem die Senkung der Steuer- und Sozialabgabenquote und die Einführung einer moderaten Pauschalsteuer für kleine Unternehmen eine Rolle gespielt haben. Die Schattenwirtschaft hätte sogar noch stärker abgenommen, wenn — zusätzlich zu den erfolgten Senkungen der Abgabenbelastung — das Steuersystem nicht komplexer geworden wäre, die Belastung der Unternehmen mit bürokratischen Hemmnissen nicht gestiegen wäre und die Unternehmen für ihr Finanzgebaren stärker in Haftung genommen worden wären. Da diese Faktoren weitgehend von der Wirtschaftspolitik bestimmt werden, hält sie den Schlüssel zur Verringerung der Schattenwirtschaft in der Hand.

Wirtschaftspolitischer Hintergrund

Erste Schätzungen des Ausmaßes der Schattenwirtschaft in der Ukraine wurden seit 1995 vorgenommen, und sie fanden im politischen Raum starke Beachtung.³ Im Rahmen einer insgesamt reformfreudigeren Wirtschaftspolitik wollte man auch diesem Problem begegnen: Die Unternehmenssteuer wurde im Jahr 1995 reformiert, Exportsteuern wurden beseitigt, der Spitzensteuersatz der persönlichen Einkommensteuer wurde von 1993 bis

1995 von 90% auf 40% reduziert, und von 1997 bis 1999 wurde auch das sehr hohe Sozialabgabenniveau von 52% des Bruttolohns auf 40% gesenkt. Außerdem wurde

² Vgl. zu den Einzelheiten I. Melota, U. Thießen und T. Vachnenko: Fiscal and Regulatory Causes of the Shadow Economies in Transition Countries: The Case of Ukraine. Institute for Economic Research and Policy Consulting (IER), Working Paper No. 9, August 2001 (<http://www.ier.kiev.ua/Eng/WPEng.htm>). Das Kiewer Institut wird von der Deutschen Beratergruppe Wirtschaft bei der ukrainischen Regierung unter Beteiligung des DIW Berlin seit der Gründung betreut und vom TRANSFORM-Programm der Bundesregierung finanziell unterstützt.

¹ Vgl. I. Melota und P. Gregory: New Insights into Ukraine's Shadow Economy: Has it already been counted? Institute of Economic Research and Policy Consulting, Working Paper, Kiew 2002 (im Erscheinen).

³ Vgl. D. Kaufmann und A. Kaliberda: Integrating the Unofficial Economy into the Dynamics of post-Socialist Economies: A Framework of Analysis and Evidence. Policy Research Working Paper No. 1691, World Bank, Washington, D. C. 1996.

1998 eine sehr moderate Pauschalsteuer für kleine Unternehmen eingeführt, welche die Einkommensteuer optional ersetzt. Die Regierung strebte auch an, die Belastung der Unternehmen mit bürokratischen Hemmnissen zu senken. Die Behörden wurden angewiesen, Kontrollen der Unternehmen koordiniert durchzuführen und insgesamt zu verringern; eine staatliche Agentur wurde eingerichtet, die vor allem damit beauftragt ist, Vorschläge zur „Förderung des Unternehmertums“ und zur Deregulierung zu machen. Schließlich wurden auch Maßnahmen ergriffen, um die „Budgetschränken“ für Unternehmen härter zu machen, und zwar durch Erschwernisse für nicht monetäre Transaktionen wie Materialtausch und zwischenbetriebliche Verschuldung⁴ und vor allem durch sukzessive Reduzierung von Subventionen auf der Ausgabenseite des Staatsbudgets. Die wesentlich bedeutenderen Subventionen auf der Einnahmenseite des Budgets in Form von Steuervergünstigungen blieben aber weitgehend bestehen.

Eine quantitative Analyse der Ursachen von Schattenwirtschaft

Mit den Maßnahmen zur Dämpfung der Schattenwirtschaft erhöhte sich die Variation des Datenmaterials, so dass jetzt ökonometrische Schätzungen zur Entwicklung der Schattenwirtschaft möglich sind.⁵ Sie gehen üblicherweise von der Überlegung aus, dass Transaktionen in der Schattenwirtschaft mit Bargeld abgewickelt werden. Deshalb werden neben den beiden traditionellen Erklärungsfaktoren der realen Bargeldhaltung (reales Pro-Kopf-Einkommen und reales Zinsniveau) auch solche Faktoren berücksichtigt, die Ursachen für Geldhaltung zum Zweck der Finanzierung inoffizieller Transaktionen („illegale“ Bargeldhaltung) sein können.⁶

Die geschätzte „illegale“ Bargeldhaltung wird üblicherweise mit einer Umlaufgeschwindigkeit multipliziert und in Relation zum BIP gesetzt, um auf den Umfang der Schattenwirtschaft zu schließen. Allerdings ist dazu eine Annahme über die Höhe der Umlaufgeschwindigkeit von Bargeld in der Schattenwirtschaft zu treffen. Hier wird unterstellt, dass diese Umlaufgeschwindigkeit, wie die Umlaufgeschwindigkeit des Bargeldes in der offiziellen Ökonomie, einem mit der Inflation abnehmenden Trend unterliegt. Im Ergebnis wird daher auch nicht die Höhe der Schattenwirtschaft geschätzt, sondern lediglich der zeitliche Verlauf eines *Index* für den Anteil der Schattenwirtschaft am offiziellen BIP und der Einfluss verschiedener wirtschaftspolitischer Variablen auf diesen Index.

Zu Variablen, die als Ursachen für Schattenwirtschaft gelten können, zählt zunächst die Belastung der Wirtschaftssubjekte mit direkten und indirekten Steuern, Sozialabgaben und bürokratischen Hemmnissen.⁷ Daneben ist auch die Komplexität des Steuersystems zu be-

rücksichtigen. Sie wird bestimmt durch Ausnahmeregelungen, Vergünstigungen, einen Interpretationsspielraum der Steuerregeln durch die Steuerbehörden und die Zahl der Steuern.⁸ Die Wirkungsrichtung der Komplexität des Steuersystems in Bezug auf die Schattenwirtschaft ist im Gegensatz zu den bereits genannten Variablen aber a priori unklar, weil zwei gegenläufige Effekte auftreten können: Zum einen kann zunehmende Komplexität für die Wirtschaftssubjekte ein Grund sein, verstärkt in der Schattenwirtschaft zu arbeiten, etwa weil sie das Steuersystem als unverständlich, zu kompliziert und möglicherweise auch als unfair empfinden. Andererseits kann zunehmende Komplexität aber auch dazu führen, dass die Wirtschaftssubjekte die von ihnen tatsächlich gezahlten Steuern und Abgaben unterschätzen und/oder die bestehenden Ausnahmeregelungen und Vergünstigungen nutzen, um ihre Steuerlast zu verringern.⁹

Als weitere Politikvariable wird in der Schätzung die Einführung der Pauschalsteuer für kleine Unternehmen im Jahr 1998 mit Hilfe einer Dummy-Variablen berücksichtigt. Von der Pauschalsteuer wurde ein dämpfender Einfluss auf die Schattenwirtschaft erwartet: Sie senkt die Steuerlast und den damit verbundenen bürokratischen Aufwand für Unternehmen.

⁴ Seit 2000 wurden nicht monetäre Transaktionen im wichtigen Energiesektor sogar untersagt. Diese Maßnahme trug vermutlich wesentlich zu der danach stark gestiegenen Barzahlungsrate bei Energierechnungen bei.

⁵ Vgl. die ausführlichen Erläuterungen der Schätzungen und Simulationen bei I. Melota, U. Thießen und T. Vachnenko, a. a. O. (<http://www.ier.kiev.ua/Eng/WPEng.htm>), und daneben bei U. Thießen und T. Vachnenko: The Impact of Fiscal Policy and Deregulation on Shadow Economies in Transition Countries: The Case of Ukraine. In: Public Choice (im Druck).

⁶ Der üblichen Vorgehensweise folgend ist in den Schätzungen der Bargeldnachfragefunktionen die abhängige Variable nicht die reale Bargeldmenge, sondern aus statistischen Gründen die Relation der Bargeldmenge zu den Bankeinlagen.

⁷ Diese werden quantifiziert durch die Relation bestimmter Staatsangestellter aller staatlichen Ebenen zur Bevölkerung. Vgl. I. Melota, U. Thießen und T. Vachnenko, a. a. O., S. 18 f.

⁸ Dem üblichen Vorgehen in der Literatur folgend wird ein zusammenfassender quantitativer Indikator für diese Elemente der Komplexität des Steuersystems errechnet. Vgl. ausführlich: I. Melota, U. Thießen und T. Vachnenko, a. a. O., S. 19 ff.

⁹ Eine theoretische und empirische Arbeit zur Schattenwirtschaft in Österreich fand, dass die dortige umfassende Steuerreform Ende der 1980er Jahre, die mit beachtlichen Senkungen marginaler Steuersätze und der durchschnittlichen Steuerlast und gleichzeitiger Verbreiterung der Steuerbasis durch Abschaffung einer Reihe von Steuervergünstigungen verbunden war, den anhaltenden Anstieg der Schattenwirtschaft in Relation zum BIP nicht verhindern konnte. Die Autoren argumentieren, dass die Komplexität des Steuersystems abnahm und Steuervergünstigungen wegfielen, was die „Sichtbarkeit“ der Steuerlast erhöhte und auch eine effektive Höherbelastung derjenigen Subjekte bedeutete, die früher von Vergünstigungen profitierten. Aufgrund dieses Effekts stiegen die Anreize für inoffizielle Aktivität insgesamt weiter. Vgl. F. Schneider und R. Neck: The Development of the Shadow Economy under Changing Tax Systems and Structures: Some Theoretical and Empirical Results for Austria. In: Finanzarchiv, Bd. 50, 1993, S. 344–368.

Schließlich berücksichtigen die Schätzungen auch die Besonderheit des Transformationslandes Ukraine hinsichtlich der verbreiteten Nutzung nicht monetärer Zahlungsmittel. Als Stellvertretervariable für alle nicht monetären Transaktionen wurde der reale Umfang der zwischenbetrieblichen Zahlungsrückstände verwendet.¹⁰ Es lässt sich zeigen, dass zwischen der überfälligen zwischenbetrieblichen Verschuldung und Bargeld eine Substitutionsbeziehung herrscht, nicht aber zwischen dieser Verschuldung und Bankeinlagen.¹¹ Der Grund für dieses Phänomen liegt vermutlich darin, dass Transaktionen in der Schattenwirtschaft mit Bargeld, aber nicht über Bankkonten abgewickelt werden.

Schätzergebnisse ...

Die traditionellen Bestimmungsfaktoren der Bargeldhaltung haben die erwarteten Einflüsse: Die Relation der Bargeldmenge zu den Bankeinlagen nimmt mit steigendem Realeinkommen und steigendem Realzinssatz jeweils ab. Hinsichtlich der hier besonders interessierenden Ursachen für Schattenwirtschaft ergeben sich folgende Ergebnisse: Direkte Steuern, Sozialabgaben und die effektive Belastung der Unternehmen mit Regulierungen haben einen statistisch signifikanten positiven Einfluss auf die Bargeldhaltung relativ zu den Bankeinlagen und damit auch auf die Schattenwirtschaft.¹²

Dagegen geht von indirekten Steuern kein signifikanter Einfluss aus.¹³ Die Komplexität des Steuersystems fördert die Schattenwirtschaft.¹⁴ Dieses Ergebnis mag nicht überraschend sein; Befragungen haben ergeben, dass in der betrachteten Periode (1993 bis 2000) eine große Unzufriedenheit der Wirtschaftssubjekte mit dem Steuersystem herrschte, und zwar nicht nur aufgrund der als hoch empfundenen Steuerlast, sondern auch aufgrund der oft als willkürlich wahrgenommenen Entscheidungen der Steuerbehörde, der oft geänderten Steuerregeln, die teilweise sogar rückwirkend zum Nachteil der Steuerpflichtigen geändert wurden, und aufgrund der Ungleichverteilung der Steuerlast als Folge der Vielzahl von Steuervergünstigungen. Die mit Hilfe einer Dummy-Variablen berücksichtigte Pauschalsteuer wirkt, wie erwartet, dämpfend auf die Schattenwirtschaft. Ebenfalls besteht ein signifikanter positiver Zusammenhang zwischen nicht monetären Transaktionen und der Schattenwirtschaft.

... und Politiksimulationen

Der hier geschätzte Index¹⁵ zeigt, dass die Schattenwirtschaft in der Ukraine bis ungefähr 1997 zunahm. Seitdem gibt es einen abnehmenden Trend; für 2000 zeigt

sich allerdings wieder ein leichter Anstieg (Tabelle 1 und Abbildung).

Simulationen lassen erkennen, wie sich die Schattenwirtschaft vermutlich entwickelt hätte, wenn die Wirtschaftspolitik anders gestaltet worden wäre. Wenn beispielsweise die Steuerbelastung seit Mitte der 90er Jahre nicht gesenkt und die Pauschalsteuer für kleine Unternehmen nicht eingeführt worden wären, wäre der Index der Schattenwirtschaft nahezu permanent gestiegen (Simulation 1, Abbildung). Wäre als einzige Abweichung von der tatsächlichen Entwicklung nur die Pauschalsteuer nicht eingeführt worden, hätte der geschätzte Index im Jahr 1999 ungefähr 11% und im Jahr 2000 ungefähr 13% höher gelegen als ohne diese Reform (Simulation 2). Dies weist darauf hin, dass die Pauschalsteuer den gewünschten Erfolg hat und ihre dämpfende Wirkung auf die Schattenwirtschaft zunimmt. Es gibt eine steigende Zahl von kleinen Betrieben, die diese neue Steuerregelung in Anspruch nehmen. Teilweise kommen die kleinen Betriebe, die sich für die Pauschalsteuer anstatt der normalen Besteuerung entscheiden, auch aus der Schattenwirtschaft in die Legalität.¹⁶

¹⁰ Vgl. zu Details I. Melota, U. Thießen und T. Vachnenko, a. a. O.

¹¹ Vgl. ebenda.

¹² Hier werden Variablen als statistisch signifikant angesehen, wenn ihr Signifikanzniveau 5% oder besser ist. Bezüglich der direkten Steuerbelastung waren in den Schätzungen alle Variablen konsistent signifikant mit Ausnahme der expliziten Steuersätze. Die Variablen der indirekten Steuerbelastung waren konsistent nicht signifikant. Hinsichtlich der Belastung mit Sozialabgaben war der explizite Sozialabgabesatz konsistent nicht signifikant, während sich bei drei berechneten impliziten Sozialabgabesätzen kein klares Ergebnis ergab. Werden die Sozialabgaben zu der impliziten direkten Steuerbelastung addiert, bleibt die Signifikanz der Letzteren nahezu unverändert, und sie liegt konsistent über dem 5%-Niveau. Insgesamt ist davon auszugehen, dass die direkten Steuern und Sozialabgaben statistisch signifikante Ursachen der Schattenwirtschaft sind. Vgl. ebenda.

¹³ Dieses Ergebnis wurde auch für Deutschland und Österreich gefunden. Eine Erklärung hierfür könnte sein, dass Unternehmen die indirekten Steuern nicht als eigene besondere Last ansehen, weil sie versuchen, die Steuern an die Verbraucher zu überwälzen. Der Vorsteuerabzug ist außerdem ein Anreiz für sie, die Steuer zu erheben. Verbraucher mögen die indirekten Steuern als Last ansehen, aber es ist meist schwierig, ihre Zahlung zu umgehen.

¹⁴ In den geschätzten Regressionen schwankte das Signifikanzniveau der Variablen Komplexität des Steuersystems, überfällige zwischenbetriebliche Verschuldung sowie der Pauschalsteuer (Dummy-Variable) zwischen 10% und 1%.

¹⁵ Konkret ist es ein Index, der den Anteil der Schattenwirtschaft am offiziellen BIP anzeigt. Für das erste Jahr der Schätzung, 1993, wurde er gleich 1 gesetzt.

¹⁶ Anhaltspunkt hierfür sind Befragungen und die überraschend positive Entwicklung der Steuereinnahmen aus der Einkommensteuer, die nicht unter der Einführung der Pauschalsteuer litten (auch nicht unter Berücksichtigung sonstiger wichtiger Einflüsse), was aber zu erwarten gewesen wäre. Einschränkend ist hinzuzufügen, dass die Messung des Einflusses der Pauschalsteuer über eine Dummy-Variable bedeuten kann, dass der geschätzte Koeffizient dieser Variablen nicht nur den Einfluss der Pauschalsteuer ab 1999 misst, sondern auch andere potentielle Einflüsse.

Tabelle 1

Geschätzte Entwicklung der Schattenwirtschaft in der Ukraine und Politiksimulationen 1993 bis 2000
Index des Anteils der Schattenwirtschaft am BIP (1993 = 1)

	Geschätzte Entwicklung	Simulation 1	Simulation 2	Simulation 3	Simulation 4	Simulation 5	Simulation 6	Simulation 7
Szenario A ¹⁾								
1993	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
1994	1,06	1,06	1,06	0,86	0,99	0,79	1,06	0,80
1995	1,24	1,32	1,24	0,82	0,98	0,64	1,23	0,64
1996	1,45	1,55	1,45	0,84	1,09	0,62	1,42	0,59
1997	1,59	1,68	1,59	0,85	1,20	0,63	1,55	0,59
1998	1,55	1,69	1,55	0,85	1,10	0,59	1,52	0,55
1999	1,37	1,66	1,52	0,72	1,03	0,53	1,33	0,50
2000	1,48	1,86	1,64	0,73	1,09	0,53	1,44	0,49
Szenario B ¹⁾								
1993	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
1994	1,12	1,12	1,12	0,91	1,04	0,83	1,10	0,81
1995	1,25	1,34	1,25	0,83	0,97	0,63	1,28	0,65
1996	1,36	1,46	1,36	0,78	0,97	0,55	1,49	0,60
1997	1,41	1,50	1,41	0,75	1,00	0,52	1,63	0,59
1998	1,38	1,51	1,38	0,74	0,91	0,48	1,60	0,55
1999	1,21	1,50	1,36	0,63	0,85	0,43	1,38	0,49
2000	1,31	1,70	1,47	0,64	0,90	0,43	1,48	0,48

¹⁾ Annahme, dass die zwischenbetriebliche Verschuldung mit inoffiziellen Transaktionen ...
... verbunden ist (Szenario A),
... nicht verbunden ist (Szenario B).

Simulation 1: Steuerbelastung auf dem Niveau von 1993 und keine Pauschalsteuer für kleine Unternehmen.

Simulation 2: Keine Einführung der Pauschalsteuer für kleine Unternehmen.

Simulation 3: Belastung der Unternehmen mit Regulierungen und bürokratischen Hemmnissen auf dem Niveau von 1993.

Simulation 4: Komplexität des Steuersystems auf dem Niveau von 1993.

Simulation 5: Belastung der Unternehmen mit bürokratischen Hemmnissen und Komplexität des Steuersystems auf dem Niveau von 1993.

Simulation 6: Reale überfällige zwischenbetriebliche Verschuldung auf dem Niveau von 1993.

Simulation 7: Vermeidung von Politikfehlern (Belastung der Unternehmen mit Regulierungen und bürokratischen Hemmnissen; Komplexität des Steuersystems und reale überfällige zwischenbetriebliche Verschuldung jeweils auf dem Niveau von 1993).

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

Die Simulationen zeigen auch den Einfluss weiterer Politiken. Wenn beispielsweise die geschätzte effektive Belastung der Unternehmen mit Regulierungen (einschließlich Korruption) im Zeitverlauf nicht zugenommen hätte, wäre der Index der Schattenwirtschaft tendenziell gesunken (Simulation 3). Und wäre das Steuersystem nicht komplexer geworden, wäre der geschätzte Index der Schattenwirtschaft nahezu konstant geblieben (Simulation 4). Wäre der starke Anstieg der realen überfälligen zwischenbetrieblichen Verschuldung von 1993 bis 1998 vermieden worden, hätte sich der geschätzte Index der Schattenwirtschaft stetig verringert (Simulation 7).¹⁷

Die Simulationen zeigen schließlich auch, dass die quantitativ wichtigste Ursache für Schattenwirtschaft die effektive Belastung der Unternehmen mit Regulierungen (einschließlich Korruption) ist, gefolgt von der Komplexität des Steuersystems, der Steuer- und Abgabenbelastung und den „weichen“ Budgetschränken für Unternehmen.

Vergleich mit Schätzungen auf Basis des Elektrizitätsverbrauchs

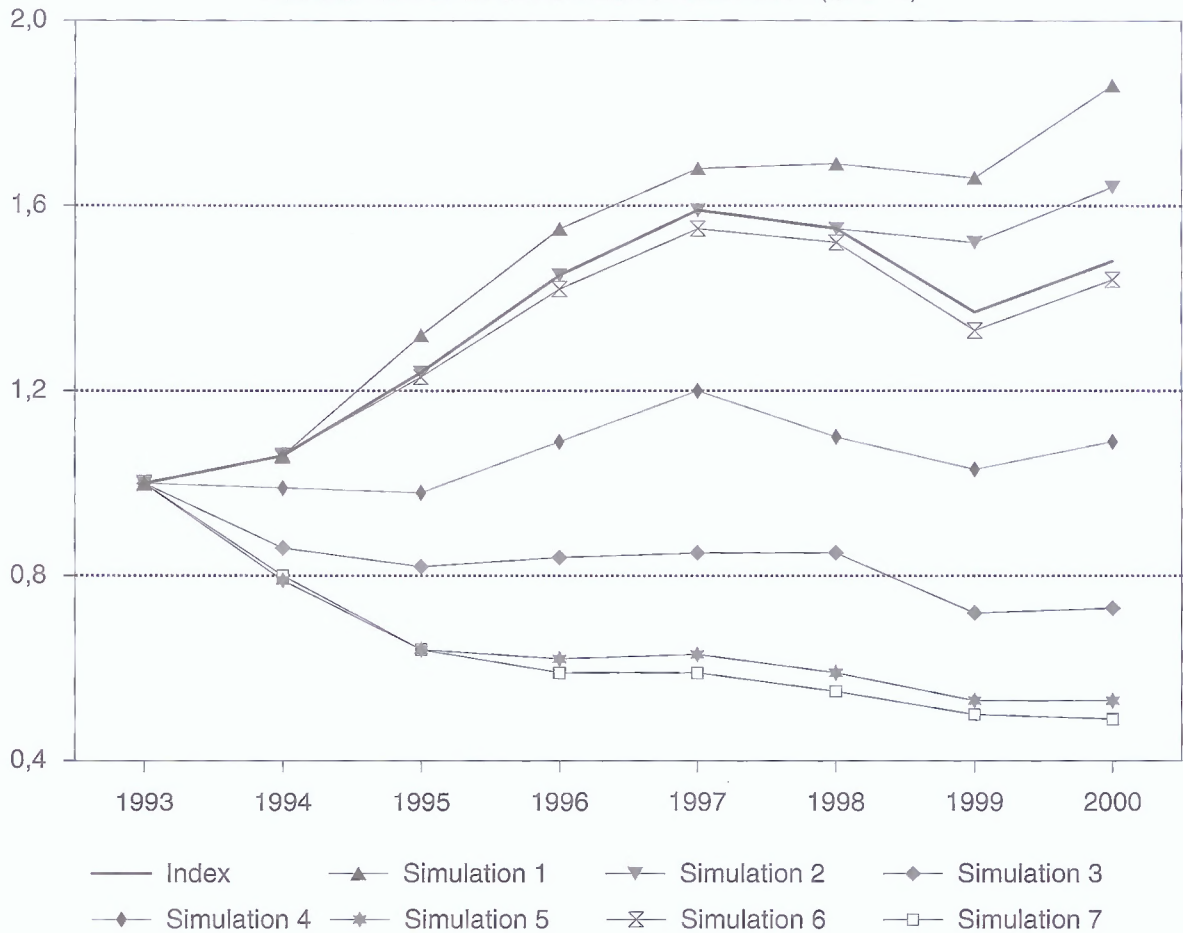
Die hier vorgestellten Schätzungen sind für Transformationsländer erst seit jüngster Zeit möglich. Deshalb basierten Aussagen zur Schattenwirtschaft bisher oft auf einem Vergleich der Entwicklung des tatsächlichen Elektrizitätsverbrauchs mit dem Verbrauch, der nach der Entwicklung der offiziellen Wirtschaft zu erwarten gewesen wäre.¹⁸

¹⁷ Dies gilt unter der Annahme, dass die zwischenbetriebliche Verschuldung mit inoffiziellen Transaktionen verbunden ist.

¹⁸ Vgl. beispielsweise S. Johnson, D. Kaufmann und A. Shleifer: The Unofficial Economy in Transition. In: Brookings Papers on Economic Activity, Vol. 2, 1997, S. 159–239; S. Johnson, D. Kaufmann und P. Zoido-Lobodan: Regulatory Discretion and the Unofficial Economy. In: American Economic Review, Papers and Proceedings, May 1998, S. 387–392.

Geschätzte Entwicklung zur Schattenwirtschaft in der Ukraine und Politiksimulationen¹⁾ 1993 bis 2000

Index des Anteils der Schattenwirtschaft am offiziellen BIP (1993 = 1)



¹⁾ Simulation siehe Tabelle 1, Szenario A.

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung

Tabelle 2 stellt die Ergebnisse von jeweils zwei Rand-schätzungen nach beiden Methoden gegenüber. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden die Indizes für das Jahr 1993 gleich 1 gesetzt. Nach dem Elektrizitätsansatz stieg der Anteil der Schattenwirtschaft am BIP im Jahr 1994 drastisch, erhöhte sich weiter bis 1996 und nahm dann recht schnell wieder ab. Dagegen zeigt der Bargeldansatz einen allmählichen Anstieg bis 1997 und seither einen abnehmenden Trend, der im Jahr 2000 unterbrochen wurde. Ein anderer bedeutender Unterschied der Ergebnisse der beiden Verfahren ist, dass gemäß Szenario A des Elektrizitätsansatzes, in dem vernünftigerweise unterstellt wird, dass im Abschwung der

Elektrizitätsverbrauch weniger stark sinkt als die Produktion, der Anteil der Schattenwirtschaft am BIP im Jahr 2000 geringer war als im Jahr 1993, während er gemäß den beiden Szenarien des Bargeldansatzes um 30% bis 50% größer war. Die Ergebnisse nach dem Elektrizitätsansatz sind offenbar sehr stark von der konjunkturellen Entwicklung beeinflusst. Dagegen beruht der Bargeldansatz auf einem empirischen Modell, das statistisch befriedigende Ergebnisse liefert. Vor allem aber erlaubt der monetäre Ansatz, Aussagen nicht nur über die Ursachen der Schattenwirtschaft im Allgemeinen, sondern auch über den Einfluss bestimmter Politikvarianten zu treffen.

Tabelle 2

**Vergleich von Schätzungen zur Schattenwirtschaft
in der Ukraine 1993 bis 2000**

Index der Schattenwirtschaft (1993 = 1)

	Elektrizitätsansatz		Geldnachfrageansatz	
	Szenario 1 ¹⁾	Szenario 2 ²⁾	Szenario 1 ³⁾	Szenario 2 ⁴⁾
1993	1,00	1,00	1,00	1,00
1994	1,38	1,45	1,06	1,12
1995	1,54	1,66	1,24	1,25
1996	1,59	1,77	1,45	1,36
1997	1,52	1,73	1,59	1,41
1998	1,36	1,61	1,55	1,38
1999	1,25	1,52	1,37	1,21
2000	0,97	1,22	1,48	1,31

¹⁾ Annahme einer Elastizität des Elektrizitätskonsums in Bezug auf das reale BIP in Höhe von 0,85, wenn das reale BIP fällt (die Annahme ist äquivalent mit einer Elastizität in Höhe von 1,18, wenn die reale Produktion steigt [für das Jahr 2000]). — ²⁾ Annahme einer Elastizität des Elektrizitätskonsums in Bezug auf das reale BIP in Höhe von eins. — ³⁾ Annahme, dass die nicht monetären Transaktionen (repräsentiert durch die überfällige zwischenbetriebliche Verschuldung) mit inoffiziellen Transaktionen verbunden sind. — ⁴⁾ Annahme, dass die nicht monetären Transaktionen nicht mit inoffiziellen Transaktionen verbunden sind.

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

Schlussfolgerungen

Die Bedeutung der hier vorgelegten Schätzungen und Simulationen zur Entwicklung der Schattenwirtschaft gehen über den Fall Ukraine hinaus, weil sie zeigen, dass die Belastung der Unternehmen mit bürokratischen Hemmnissen und die Komplexität des Steuersystems quantitativ ebenso bedeutende oder sogar wichtigere Ursachen für Schattenwirtschaft sein können als die Belastung der Wirtschaftssubjekte mit Steuern und Abgaben. Die Schätzungen lassen außerdem vermuten, dass die Idee einer Pauschalsteuer für kleine Unternehmen ein wirksames Mittel zur Dämpfung der Schattenwirtschaft sein kann. Weiterhin legen sie nahe, dass zwischen indirekten Steuern und Schattenwirtschaft kein Zusammenhang besteht, so dass die im politischen Raum verschiedentlich angestrebte Senkung des relativ hohen ukrainischen Umsatzsteuersatzes von 20 % nicht erforderlich scheint, jedenfalls nicht, um die Schattenwirtschaft zu reduzieren. Im Gegenteil, mit dieser Umsatzsteuer könnte sogar ein Teil des in der Schattenwirtschaft erzielten Einkommens besteuert werden, ohne die Schattenwirtschaft selbst zu fördern.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967.

- Heft 168 **Lage und Perspektiven der deutschen Schienenfahrzeugindustrie.** Von Rainer Hopf, Hartmut Kuhfeld, Heike Link, Jörg-Peter Weiß und Hans Wessels unter Mitarbeit von Alfred Haid und Kurt Hornschild. 242 S. 1997. (3-428-09141-8). DM 144,— / öS 1.051,— / sFr 128,—.
- Heft 169 **Wirtschaftliche Verflechtung zwischen EU und GUS — Niedriges Niveau, großes Potential, vage Perspektiven.** Von Christian Weise, Herbert Brücker, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher, Harald Trabold und Ulrich Weißenburger (†) unter Mitarbeit von Silke Boger, Ulrike Ludden und David Rusnok. 210 S. 1997. (3-428-09344-5). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 170 **Lage und Perspektiven der Unternehmen in Ostdeutschland — Ergebnisse einer Umfrage.** Von Karl Brenke und Alexander Eickelpasch unter Mitarbeit von Lorenz Blume. 124 S. 1997. (3-428-09361-5). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 171 **Europäische Strukturfonds in Sachsen: Zwischenevaluierung für die Jahre 1994 bis 1996.** Von Kornelia Hagen und Kathleen Toepel. 249 S. 1997. (3-428-09389-5). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 172 **Situation und Perspektiven der deutschen Raumfahrtindustrie — Eine ordnungspolitische Analyse.** Von Bernhard Wieland, Talat Mahmood und Lars-Hendrick Rölller, Projektleitung: Kurt Hornschild. 210 S. 1998. (3-428-09440-9). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 173 **Auswertung von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland.** Von Klaus-Dietrich Bedau. 127 S. 1998. (3-428-09481-6). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 174 **Effizienz von Maßnahmen zur Verbrauchseinschränkung bei Mineralölversorgungsstörungen.** Von Rainer Hopf, Jutta Kloas, Heilwig Rieke, Martin Schmied und Franz Wittke (DIW); Klaus Lindner und Dieter Merten (IE). 239 S. 1998. (3-428-09482-4). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 175 **Wirkung und Wirksamkeit der EU-Binnenmarktmaßnahmen — Evaluierung des Studienprogramms der Europäischen Kommission.** Von Christian Weise, Stefan Bach, Heike Link, Uta Möbius, Bernhard Seidel, Wolfgang Seufert und Harald Trabold. 173 S. 1998. (3-428-09579-0). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 176 **Zum Einfluß betrieblicher und sektoraler Differenzierung der Arbeitskosten und sonstiger Regelungen auf die Beschäftigung im Strukturwandel.** Von Bernd Görzig, Wolfgang Scheremet und Frank Stille. 315 S. 1998. (3-428-09580-4). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.
- Heft 177 **Zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Metallhütten in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).** Von Peter Eggert, Ilse Häusser, Bernd-Michael Kruse, Jochen Parchmann, Sigheilm Thede und Eberhard Wettig. 341 S. 1998. (3-428-09682-7). DM 188,— / öS 1.372,— / sFr 167,50.
- Heft 178 **Die wirtschaftliche Bedeutung Berlins für den Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 158 S. 1998. (3-428-09745-9). DM 136,— / öS 993,— / sFr 121,—.
- Heft 179 **Deutschland im Strukturwandel — Strukturberichterstattung 1997.** Von Dietmar Edler, Bernd Görzig, Dieter Schumacher, Frank Stille (Koordination), Dieter Teichmann, Dieter Vesper und Rudolf Zwiener. 400 S. 1998. (3-428-09766-1). DM 212,— / öS 1.548,— / sFr 188,—.
- Heft 180 **Der deutsche Dienstleistungshandel im internationalen Vergleich.** Von Siegfried Schultz und Christian Weise unter Mitarbeit von Dietmar Schumacher. 151 S. 1999. (3-428-09845-5). DM 140,— / öS 1.022,— / sFr 124,—.
- Heft 181 **Der Dienstleistungssektor in Hamburg — Stand, Verflechtung, Qualifikation und Entwicklungschancen.** Von Martin Gornig, Peter Ring und Reiner Stäglin. 230 S. 1999. (3-428-09901-X). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 182 **Ökonomische Wirkungen der Städtebauförderung in Mecklenburg-Vorpommern.** Von Lorenz Blume (Universität Gh Kassel), Klaus-Peter Gaulke (DIW) und Josef Rother (GEFAK). Projektleitung: Rolf-Dieter Postlep (DIW). 108 S. 1999. (3-428-09915-X). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 183 **Unternehmensbezogene Dienstleistungen im Land Brandenburg — Strukturen, Defizite und Entwicklungsmöglichkeiten.** Von Kurt Geppert. 122 S. 1999. (3-428-09941-9). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 184 **Auswirkungen der weltweiten Konzentration in der Bergbauproduktion auf die Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft.** Von Peter Eggert, Alfred Haid, Eberhard Wettig (DIW), Manfred Dahlheimer, Manfred Kruszona, Hermann Wagner (BGR). 398 S. 2000. (3-428-10273-8). DM 198,— / öS 1.145,— / sFr 176,—.
- Heft 185 **Kommunalfinanzen und kommunaler Finanzausgleich in Brandenburg.** Von Dieter Vesper. 164 S. 2000. (3-428-10274-6). DM 148,— / öS 964,— / sFr 131,—.
- Heft 186 **Aktuelle steuerliche Rahmenbedingungen für den privaten Mietwohnungsbau — Wirkungen und Alternativen.** Von Stefan Bach und Bernd Bartholmai. 127 S. 2000. (3-428-10382-3). DM 138,— / sFr 122,—.
- Heft 187 **Prognose des Ersatzinvestitionsbedarfs für die Bundesverkehrswege bis zum Jahre 2020.** Von Uwe Kunert und Heike Link. 145 S. 2001. (3-428-10704-7). DM 144,— / sFr 124,— / Euro 72,—.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948.

- Nr. 157 **Regionale Strukturpolitik unter den veränderten Rahmenbedingungen der 90er Jahre.** Von Martin Gornig, Bernhard Seidel, Dieter Vesper, Christian Weise (DIW) in Zusammenarbeit mit Hans-Jürgen Ewers, Carl Friedrich Eckhardt, Rainer Magnan (GIB). 152 S. 1996. (3-428-08715-1). DM 74,— / öS 540,— / sFr 74,—.
- Nr. 158 **Polen und die Osterweiterung der Europäischen Union.** Von Fritz Franzmeyer und Christian Weise. 201 S. 1996. (3-428-08768-2). DM 82,— / öS 599,— / sFr 82,—.
- Nr. 159 **Zwischenbilanz der Strukturfondsinterventionen und anderer EU-Programme in den neuen Bundesländern — Gemeinsamkeiten und Unterschiede.** Von Kathleen Toepel. 71 S. 1996. (3-428-08870-0). DM 64,— / öS 467,— / sFr 58,—.
- Nr. 160 **Arbeits- und Betriebszeiten in Deutschland: Analysen zu Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.** Von Frank Stille und Rudolf Zwiener. 153 S. 1997. (3-428-09209-0). DM 74,— / öS 540,— / sFr 67,—.
- Nr. 161 **Transformation des Wirtschaftssystems in den mittel- und osteuropäischen Ländern: Außenwirtschaftliche Bedingungen und Auswirkungen.** Von Dieter Schumacher, Harald Trabold und Christian Weise (Hrsg.). 435 S. 1997. (3-428-09239-2). DM 148,— / öS 1.080,— / sFr 131,—.
- Nr. 162 **Energiepreise als Standortfaktor für die deutsche Wirtschaft.** Von Jochen Diekmann, Manfred Horn und Hans-Joachim Ziesing. 220 S. 1997. (3-428-09333-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 163 **Sonderregelungen zur Vermeidung von unerwünschten Wettbewerbsnachteilen bei energieintensiven Produktionsbereichen im Rahmen einer Energiebesteuerung mit Kompensation.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Barbara Praetorius, Bernhard Seidel und Rudolf Zwiener. 224 S. 1998. (3-428-09378-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 164 **Gesamtwirtschaftliche und regionale Effekte von Bau und Betrieb eines Halbleiterwerkes in Dresden.** Von Heike Belitz und Dietmar Edler. 127 S. 1998. (3-428-09450-6). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,—.
- Nr. 165 **Umwelt und empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung. Beiträge und Diskussionsberichte zu einer Tagung der Projektgruppe „Das Sozio-oekonomische Panel“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.** Hrsg. von Jürgen Schupp und Gert Wagner. 199 S. 1998. (3-428-09457-3). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 166 **Evaluierung wettbewerbsorientierter Fördermodelle — Das Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume in Schleswig-Holstein.** Von Martin Gornig und Kathleen Toepel. 166 S. 1998. (3-428-09477-8). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Nr. 167 **Auswirkungen der Europäischen Währungsunion auf die deutsche Wirtschaft.** Von Sebastian Dullien und Gustav A. Horn. 95 S. 1999. (3-428-10017-4). DM 98,— / öS 715,— / sFr 89,—.
- Nr. 168 **E-Commerce — Erfolgsfaktoren von Online-Shopping in den USA und in Deutschland.** Von Brigitte Preißl und Hansjörg Haas unter Mitarbeit von Christian Rickert. 112 S. 1999. (3-428-10076-X). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,—.
- Nr. 169 **Der Beitrag ausländischer Investoren zum Aufbau wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstrukturen in den neuen Bundesländern.** Von Heike Belitz, Karl Brenke und Frank Fleischer. 115 S. 2000. (3-428-10233-9). DM 112,— / sFr 99,50.
- Nr. 170 **Geld, Banken und Staat in Sozialismus und Transformation.** Von Mechthild Schrooten. 201 S. 2000. (3-428-10243-6). DM 148,— / sFr 131,—.
- Nr. 171 **Wie entwickeln sich die Gewinne in Deutschland? Gewinnaussagen von Bundesbank und Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung im Vergleich.** Von Bernd Görzig und Claudius Schmidt-Faber. 84 S. 2001. (3-428-10504-4). DM 92,— / sFr 81,—.

Der nächste Wochenbericht erscheint am 10. Januar 2002

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200
DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw-berlin.de>

Präsident: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gustav A. Horn, Dr. Kurt Hornschild, Wolfram Schrettl, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel,
Prof. Dr. Gert G. Wagner, Dr. Hans-Joachim Ziesing

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann

Machtlos gegen die Schattenwirtschaft? Das Beispiel Ukraine

Bearbeitet von Ulrich Thießen

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig

Druck: Druckerei Conrad GmbH, Oranienburger Str. 172, D-13437 Berlin

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304